

Symposium „Der Iran in der internationalen Politik“ in Wien

Utl.: Welchen Weg geht der Iran in Zukunft ? Europa noch unschlüssig über künftige eigene Politik gegenüber dem Iran

Wien – Ein in Wien am 22. Juni 2008 von der Österreichischen Orient-Gesellschaft (ÖOG) Hammer-Purgstall und dem Österreichischen Institut für internationale Politik (ÖIIP) abgehaltenes Symposium über das Thema „Der Iran in der internationalen Politik und internationale Krisen als Blockade regionaler Entwicklung“ hat durch die Ereignisse und Unruhen im Iran im Gefolge der vorangegangenen Präsidentenwahlen ungewöhnliche Aktualität erhalten.

Jedoch betonte Univ. Prof. BERT FRAGNER (Direktor des Instituts für Iranistik an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) bei der Begrüßung der Symposiumsteilnehmer, die zur Behandlung stehenden Themen seien längerfristig angelegt und gingen nicht direkt auf die aktuelle Situation im Iran ein – es gehe in erster Linie um die Aufdeckung tieferer und langfristiger Zusammenhänge. Die Ereignisse seit dem 12. Juni hätten am aktuellen Kern der besprochenen Probleme nichts geändert.

Nach Ansicht von Univ. Prof. RÜDIGER LOHLKER (Institut für Orientalistik der Universität Wien), der das Thema „Globalisierung, Konflikte und Gewalt“ behandelte, sei die Entwicklung im Nahen Osten nur dann zu verstehen, wenn man gewisse Vorgänge der globalisierten Welt sich vor Augen halte. Durch die Globalisierung seien die Welt kleiner und die Handlungsmechanismen beschleunigt worden, dazu komme das Phänomen der Vermischung kultureller Strömungen und deren „lokale Umsetzung“. Seit den 90iger Jahren sei man Zeuge, Subjekt und Objekt von Gewaltausbrüchen geworden, ebenfalls sei man mit einer Veränderung der Konfliktkonfiguration konfrontiert. Die Idee des Volkes als nationale Einheit sei geschwunden und an deren Stelle ein Prozess der Verunsicherung getreten, der sich z.B. darin äußere, dass man das Vorhandensein von Minderheiten als Bedrohung ansehe.

Seit der Iranischen Revolution erscheine die Frau mit Kopftuch als „Antithese“ zur westlichen Erscheinung der Frau. Der Übergang von der Revolution zur Islamischen Republik habe zu Ängsten geführt, dass die westliche Dominanz brüchig werden könnte. Der Iran sei jetzt zur Projektion der Ängste westlicher Eliten geworden.

Der 11. September 2001 (Anschläge in New York und Washington) sei der Auftakt zu einem Krieg gegen den Terrorismus gewesen und habe auch zur Intensivierung der Diskussion über die Migration als kulturelles Problem geführt. Moslems wurden als Feindbild und als nicht anpassungsfähig

(Forts. Seite 2)

qualifiziert, was als Legitimation für Interventionen z.B. im Irak, in Afghanistan und Pakistan erhalten musste. Zeitgleich wurde der Iran als Teil der „Achse des Bösen“ gewertet. Die antimoslemischen Feindbilder wertete Lohlker als Ausdruck der Verunsicherung bei nichtmoslemischen Einwohnern von Immigrationsländern, also vorwiegend Westeuropa und Nordamerika. Dies habe zu Bestrebungen geführt, Grenzen zur moslemischen Welt wieder zu errichten. Eine weitere Folge wäre Angst vor dem Zerbröckeln der Identität, die in innere Auseinandersetzungen und auch zu Kriegen zwischen Ländern und Völkern münden könne.

YVONNE SCHMIDT (Institut für Internationales Recht und Internationale Beziehungen der Universität Graz) widmete sich anschließend dem Thema „Völkerrechtliche Betrachtung entwicklungshemmender Krisen des Nahen und Mittleren Ostens“. Sie sieht in solchen Krisen den Ausgangspunkt von Kriegen im ganzen Nahen Osten, auch die Außenpolitik und die Entwicklung im Iran werde davon beeinflusst, wie dies schon der erste Golfkrieg (1980-88)

und die kriegerischen Ereignisse in Afghanistan nach 2001 mit ihren schweren wirtschaftlichen Schäden und humanitären Katastrophen gezeigt hätten.

Die Ereignisse vom 11/9, so Schmidt, seien ein Schock für die USA gewesen, weil sie erstmals mit einem Ereignis dieses Ausmaßes direkt konfrontiert gewesen seien. Die UNO habe daraufhin mit einer Resolution gegen den Terrorismus reagiert, in der das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung niedergelegt worden sei und die Staaten der Welt zu Schritten ermuntert wurden, um Anschläge zu verhindern bzw. zu erwidern. Mit weiteren Resolutionen wurden früher verabschiedete gegen den Terrorismus bestätigt. Am 28. Sept. 2001 wurde mit aller Deutlichkeit vom Weltsicherheitsrat betont, dass der Terrorismus eine internationale Bedrohung des Friedens sei und bekämpft werden sollte. Aktive und andere Unterstützung des Terrorismus sollten demnach vermieden werden. Strenge Kontrollen, Einreisebeschränkungen und Maßnahmen gegen Missbrauch von Asyl- und Flüchtlingsstatus wurden dabei als zulässig erklärt, in vielen Ländern der Welt auch umgesetzt. Fast alle Kriege seither wurden unter Berufung auf „Selbstverteidigung“ auf Grund von Artikel 51 der UNO-Charta (bewaffnete Angriffe gegen ein UNO-Mitglied) geführt, so Israels Kriege gegen den Libanon und im Gaza-Streifen.

Es tauchte die Frage der Verhältnismäßigkeit auf, z.B. wie der Afghanistan-Krieg unter Berufung auf die Selbstverteidigung geführt werden konnte, wo sich doch die Ereignisse vom 11/9 in den USA zutrugen. Im Falle Afghanistans berief man sich auf den Angriff einer terroristischen Gruppe gegen einen Staat und legte ein Erkenntnis des Internationalen Gerichtshofes (IGH) von 1986 zugrunde. Damals verurteilte der IGH die USA wegen illegaler Gewaltanwendung und Einmischung in Nicaragua. Die terroristische Gruppe wurde dem Staat zugeordnet, weil dieser sie kontrollieren hätte können, aber nichts gegen sie unternommen habe. Dabei erhebt sich die Frage „Wer ist der Gegner“ ? – der Staat oder die terroristische Gruppe. Das Problem ergebe sich aus der Tatsache, dass Länder Terroristen Unterschlupf anböten.

Für den Angriff gegen Afghanistan gab es keine UNO-Resolution als Grundlage, doch lag eine Billigung durch die internationale Gemeinschaft vor. Mit dem Einsatz einer Interimsregierung in Kabul wurde der Afghanistan-Krieg beendet, doch hatte der alliierte Angriff nicht zur Zerschlagung der Terrororganisation Al Kaida geführt, sie war nach Pakistan und dem Jemen ausgewichen.

Im Irak führte der US-Einmarsch 2003 zum dritten Golfkrieg. Eine UNO-Resolution zur Billigung des Angriffes kam nicht zustande, die USA und die „Koalition der Willigen“ rechtfertigten den Angriff mit Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UNO-Charta und verschiedene Sicherheitsratsresolutionen der ersten 90iger Jahre, auch mit dem Verdacht der Existenz von Massenvernichtungswaffen, gegen die man sich selbst verteidigen müsse. Das Selbstverteidigungsrecht wurde damals von US-Präsident George Bush jr. als Präventivschlag ausgelegt, um einem Angriff des Gegners zuvorzukommen. Auf diese sog. Bush.Doktrin, also Angriff auf einen Staat, sofern Gefahr von Anschlägen von dort besteht, hat sich auch Israel 2006 bei seinem Angriff auf den Libanon berufen, auch schon früher bei seinem Angriff gegen einen im Irak in Bau befindlichen Atomreaktor. Der Irak sollte überdies nach den Worten Bushs als Beispiel dafür dienen, wie aus einem Nahost-Staat eine Demokratie mit marktwirtschaftlicher Orientierung werden könne. Bezahlt wurde dieser Wunsch allerdings mit hohen Opfern der irakischen Bevölkerung, aber auch unter den dort eingesetzten US-Soldaten, weiters mit ungeheuren finanziellen Aufwendungen der USA.

Der Krieg im Gaza-Streifen wurde durch Hamas-Raketen vom Gaza-Streifen auf israelisches Territorium ausgelöst und auch hier das Selbstverteidigungsrecht in Anspruch

genommen, desgleichen vorher im Libanon, wo die dortige Hisbollah-Miliz drei Soldaten entführte und als terroristische Organisation galt.

Für ALI FATHOLLAH-NEJAD, einem Dissertanten an den Universitäten Münster (BRD) und London, war die iranisch-islamische Revolution ein geopolitischer Schock, sie habe in der westlichen Welt zu Diskussionen und Besorgnis über den weiteren Weg des Iran Anlass gegeben. Kräfte, die die iranische Außenpolitik im 20. Jhdt. bestimmten, seien wie folgt: geographische Lage, Großmachtpolitik (insbesondere von Großbritannien und Russland), Annäherung an Deutschland, nationale Bestrebungen, Ölfunde und -ausbeutung, das politische System der damaligen Monarchie, Schiitentum und der iranische Nationalismus. Dies gelte bis zum Sturz der Monarchie im Jahr 1979. Der iranische Autor zitierte mehrere Werke zur Rolle der Kultur innerhalb der Gesellschaft, über die Hegemonie der Kultur und ihre Aufnahme in der Gesellschaft und ihren Einfluss auf die gesamte Nation. Für den Iran sei Vergangenheit auch immer Gegenwart, es bestehe ein Konsens, dass in der Außenpolitik Pragmatismus und Realismus gleichermaßen vertreten seien. Allerdings erhebe sich die Frage, wie man eine Kombination derselben erreichen könne. Die einzigartige geopolitische Lage des Iran bedinge eine „kritische Geopolitik“ und eine „komplexe Analyse“ des Verhältnisses Staat-Gesellschaft. Kontinuität herrsche im Unabhängigkeitsbestreben des Iran – was in der Ablehnung jeder Beherrschung von außen demonstriert werde. Der Staat sei und bleibe „nationaler Akteur“, Außenpolitik müsse mit „Pragmatismus und Realismus“ gleichermaßen geführt werden.

Für Univ. Prof. HEINZ GÄRTNER (Österreichisches Institut für Internationale Politik und Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien) haben die Demonstrationen im Iran in den Tagen nach der Präsidentenwahl aus realistischer Sichtweise praktisch nichts mit dem iranischen Nuklearprogramm zu tun. Die USA sähen im Iran eine „nukleare Gefahr“ und haben ihn als „Schurkenstaat“ bezeichnet und in die „Achse des Bösen“ inkorporiert. Außerdem hätten sie den Iran mit mehreren Anschlägen in Verbindung gebracht, werfen ihm Einmischung in Nachbarstaaten vor, bedrohten Israel und torpedierten israelisch-palästinensische Friedensverhandlungen.

Unverständlich für den Iran sei das jüngste amerikanisch-indische Atomabkommen, weil Indien dem Atomwaffen-Sperrvertrag nicht beigetreten sei, der Iran aber schon. Washington verdächtigt Teheran, gegen Israel und unter Umständen auch gegen die USA Atomwaffen einsetzen zu wollen oder Atomwaffen bzw. -technologie an terroristische Organisationen weitergeben zu wollen. Sollte sich Israel zu einem „vorbeugenden Schlag“ gegen den Iran veranlasst sehen, laufe die Gefahr, dass die USA in einen Nahostkrieg mit hineingezogen werden.

Der Iran hat allerdings selbst zum Misstrauen seitens anderer Länder beigetragen: Nichtinformation der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), Nichtunterzeichnung bzw. Nichtratifikation eines Zusatzprotokolls zum Atomwaffen-Sperrvertrag, 2002/3 intensiver Ausbau des iranischen Nuklearprogramms (angeblich nur für friedliche Zwecke). Doch hat der Iran nicht den Weg Nordkoreas beschritten, das aus dem Atomwaffen-Sperrvertrag ausgetreten war. Dieser Vertrag erlaubt die friedliche Nutzung von Atomenergie und ermuntert sogar dazu. Doch verdächtigt einem letzten Bericht zufolge die IAEO den Iran, Atomtechnologie für die Herstellung von Nuklearwaffen anzustreben.

Was nukleare Abrüstung betreffe, werfen der Iran und andere blockfreie Staaten den Atommächten vor, nicht ausreichend diesbezügliche Abrüstungsschritte zu setzen. Sie kritisieren, warum die USA den Indern das gewähre, was sie ihnen selbst untersagten. Dem neuen US-Präsidenten Barack Obama ist der Widerspruch in bezug auf den Atomwaffen-Seite

Sperrvertrag bewusst. In seiner Rede in Prag hatte er sich für eine „kernwaffenfreie Welt“ eingesetzt, ebenso für einen Teststopp und einen Vertrag über atomare Brennstoffe – allgemein für eine Verpflichtung zur Abrüstung der nuklearen Staaten. In Kairo hatte er betont, der Iran dürfe nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangen, habe aber das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie.

Die USA haben, wie Gärtner berichtete, Russland vorgeschlagen, zusammenzuarbeiten, um dem Iran am Erwerb oder am Bau von Atomwaffen zu hindern. Gegenüber dem Iran hatte Obama Gespräche ohne Vorbedingungen vorgeschlagen, will also der Diplomatie Vorrang einräumen. Aber schon 2006 hatten die USA im Zusammenhang mit dem Irak-Problem betont, alle interessierten und Nachbarstaaten sollten in eine Lösung einbezogen werden, allein könne man diese Frage nicht lösen. Obama weiß, das man in Sachen Nuklearprogramm mit jedem Regime, gleich welcher Art – ob demokratisch oder undemokratisch – Verhandlungen führen müsse. Also Diplomatie mit Militär im Hintergrund. Er wird eine Gratwanderung im Falle Demokratisierung versus Diplomatie vollziehen müssen. Er verteidigt Demokratie und Meinungsfreiheit, will aber andererseits Einmischungen vermeiden, wie sie die USA in der Vergangenheit im Iran unternommen hatten. So 1953 mit dem Sturz von Regierungschef Mossadegh. Historisch seien die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran sehr wechselhaft gewesen, seit 1953 eigentlich eher belastet. Dies habe sich auch nach der islamischen Revolution gezeigt, als es zur Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran gekommen sei. Im Golfkrieg 1980-88 hätten die USA den irakischen Diktator Saddam Hussein unterstützt und immer wieder terroristische Anschläge mit dem Iran in Verbindung gebracht. Vage Angebote des Iran zu Verhandlungen seien von den USA zurückgewiesen worden. Fest steht, dass die USA den Iran zur Lösung anderer Konflikte benötigen.

Univ.Prof. UDO STEINBACH (Universität Marburg/BRD) glaubt, dass aus der gegenwärtigen Krise ein „anderer Iran“ hervorgehen werde. Die islamische Republik werde bleiben, aber in anderer Form. Es gebe dort Kräfte, mit denen die Europäer sprechen könnten. Es könne aber auch zu einem Kräftenessen im Iran kommen, das Ergebnis wäre eine Diktatur mit religiösem Aspekt. Revolutionsführer Ali Khamenei habe schon immer Probleme mit anderen Mullahs gehabt. Es bestehe so die Gefahr, dass die islamische Diktatur zu einer Gefahr für die ganze Region werde.

Was könne Europa tun, um dies zu verhindern? Iranische Probleme würden nur im Land selbst entschieden. Sofern es keine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes gebe und es im Iran zu einem Kräftenessen komme, werde der Extremismus den Sieg davontragen. Europas erste Aufgabe wäre die Verhinderung einer gewaltsamen Eskalation in der gesamten Region und damit eine Unterstützung mit seinen Instrumenten für die Bestrebungen von US-Präsident Obama. Europa habe eine Tradition der „Interaktion“ im Iran. Sollte es z.B. zu einer Ausweisung des britischen Botschafters in Teheran kommen, hätte dies mit der BBC zu tun, aber auch mit der britischen Politik gegen den Iran im ganzen 20. Jhd. Die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Iran wertete Steinbach dagegen als „positiv“. Derzeit seien die europäischen Staaten bemüht, den Iran in das internationale Rechtssystem zurückzuholen, da einige seiner früheren Maßnahmen, so die Geiselnahme in der US-Botschaft, eindeutig dem internationalen Recht widersprochen hätten.

1980 sei Saddam Hussein eindeutig der Angreifer gewesen, diesem Umstand hätten internationale Organisationen und Regierungen wegen des Misstrauens gegenüber dem Iran und seiner Politik nicht ausreichend Rechnung getragen. Eine eigene europäische Politik gebe es nicht, bedauerte Steinbach, ebenso, dass die vergangenen Reden Obamas nicht von

Europäern gehalten worden seien. Europa habe sich 2002 in amerikanisches Fahrwasser begeben, als die Nuklearfrage des Iran auf das Tapet kam. Die ambivalente Stellungnahme Europas zur Lage im Iran sei auch Ursache iranischer Kritik an Europa. Er zitierte die iranische Nobelpreisträgerin Schirin Ebade, wonach Europa die demokratischen Kräfte im Iran besser unterstützen sollte. Dazu bedürfe es Mut und die Notwendigkeit, die iranische Seele über das ganze 20. Jhdt. hinweg zu verstehen.

In einer anschließenden, von OIIP-Direktor Univ. Prof. OTHMAR HÖLL moderierten Diskussion betonte Heinz Gärtner, im Iran habe es keine nuklearen Tests gegeben. Udo Steinbach wies darauf hin, dass sich der Iran gewissen Bestrebungen auf atomarer Ebene querstelle, weil Israel im Nahen Osten eine Atommacht sei. Er rechnet mit einer Änderung der Rolle von Revolutionsführer Ali Khamenei. Nicht zu übersehen sei auch die Rolle der Ayatollahs der irakischen Schiiten, die sicher keine iranische Vorherrschaft wünschten. Sollten die vergangenen Präsidentenwahlen gefälscht gewesen sein, hätte Ali Khamenei dies zu verantworten, da damit auch gegen die religiösen Grundlagen verstoßen worden wäre. Die Iraner seien in der Lage, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, dafür bedürfe es nur einen gewissen Freiheitsraum. Europa müsse dies betonen und den Iranern zur Kenntnis bringen. Allerdings sei ein „Europa mit einer Stimme“ derzeit nicht auszumachen.

Fathollah-Nejad unterstrich, dass im Iran praktisch jede wichtige Institution – Parlament, Regierung, Revolutionsgarden usw. einen eigenen „Think-Tank“ hätten. Die Außenpolitik beruhe auf Konsens, hänge aber wie so vieles von der internationalen Entwicklung ab, dabei müssten auch die religiösen nationalen Interessen des Landes berücksichtigt werden. Sicherheitsprobleme beschäftigten sehr den Iran, daraus erkläre sich auch seine Haltung zu Fragen wie Afghanistan, Irak und Kaukasus-Länder. Hauptinteresse sei regionale Stabilität.

Steinbach rief die internationale Gemeinschaft zur Korrektur ihres Iran-Bildes auf.

Gärtner schlug vor, unter IAEO-Kontrolle nuklearen Brennstoff an den Iran zu liefern, dieser solle verantwortungsvoll damit umgehen und das Zusatzprotokoll zum Atomwaffen-Sperrvertrag unterzeichnen.

(Schluss)